

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Gegründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Ersteinst täglich
am Morgen um 6 Uhr
in der Zeitungsdruckerei
in Limburg a. d. Rh.

Redaktion, Druck und Verlag von Moritz Wagner
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Abonnementpreis: 3 Mark 75 Pf.
für den Vierteljahr
Vierteljahrsgeld: 90 Pf.
für den halbjährigen
Halbjahrgeld: 1.80 Mark
für den jährlichen
Jahrgeld: 3.50 Mark
Postgebühren sind
zusätzlich zu zahlen.

Nummer 279

Limburg, Montag, den 2. Dezember 1918

81. Jahrgang

Die Wahl zur Nationalversammlung vorläufig auf den 16. Februar 1919 festgesetzt.

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht.

Die „zurückgestellten“ Wehrpflichtigen.

Um Zweifel zu beseitigen, wird darauf hingewiesen, daß sämtliche bisher vom Wehrdienst zurückgestellten Wehrpflichtigen, als aus dem Wehrdienst entlassen, an demselben die Kriegsdienstverweigerung der Jahrgänge 1898 und 1899, die zum Wehrdienst einberufen sind — gleichgültig aus welchem Grunde — wieder entlassen waren. Diese werden von den Wehrkommandos dem nächstgelegenen Ersatztruppenteil ihrer Wehrgegend überwiesen.

Gefahrte um weitere Feststellung des Entlasses aus dem Wehrdienst, wie sie zur Zeit häufig hier und bei der Wehrkommandos noch anzutreffen sind, daher nicht mehr notwendig. Für Angehörige der Jahrgänge 1898 bis 99 kann ihnen zunächst auf keinen Fall entgegengebracht werden.

Frankfurt a. M., den 30. November 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats:

Das stellvertretende Wehrkommando 18. A. R.
gez. v. Grünig, Generalmajor.

Die Ausübung der Jagd in der neuen Sage.

Berlin, 30. Nov. (W.T.B.) Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten teilt mit: Es kommt noch fortgesetzt vor, daß die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in den Forstbetrieben eigenmächtig eingreifen und die geordnete Jagdausübung der Forstbeamten und anderer Jagdberechtigten unterbinden, ja selbst Freijagden unter Hinzuziehung von zur Jagd unberechtigten Personen veranstalten. Dieses Vorgehen verstößt gegen die Bestimmungen, die die Reichsregierung und der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrates erlassen haben. Im Interesse der Volksernährung und zur Vermeidung von Wildschäden ist bereits angeordnet, daß alle Forstschäden für den verstärkten Abschlag des Wildes in geregelter Jagd Sorge zu tragen. Glauben örtliche Arbeiter- und Soldatenräte feststellen zu können, daß dieser Anordnung von den örtlichen Forstbehörden und anderen Jagdberechtigten nicht hinreichend entsprochen wird, dann müssen sie sich an die Regierungsbehörden ihres Bezirks oder an die Zentralbehörden wegen Abhilfe wenden. Das eigenmächtige Eingreifen in die Befugnisse der Forstbehörden und in die Rechte der Jagdberechtigten muß unterbleiben. Alle Jagdberechtigten weisen wir erneut darauf hin, daß im Interesse unserer Volksernährung ein verstärkter Abschlag des Wildes dringend geboten erscheint.

gez. Braun, gez. Hofer.

Eine vorläufige Entscheidung für die Nationalversammlung.

Der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir: Die deutsche Regierungen hat einen Beschluß gefaßt, der, wie man hoffen möchte, einen wichtigen Schritt für die Konsolidierung der Revolution bedeuten soll. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Verordnung für die verfassunggebende Nationalversammlung angenommen, die die Wahlen auf den 16. Februar andernfalls. Die seit Beginn der Revolution häufig umstrittene Frage ist also für diesmal entschieden: Die Nationalversammlung kommt, und sie kommt in Form in nicht allzu ferner Zeit, in zehn Wochen; dem Interregnum der Räteherrschaft ist eine Zeitgrenze gesetzt, nach deren Beendigung nicht mehr die Diktatur einzelner Schichten, sondern wieder das ganze deutsche Volk über sein Schicksal bestimmen soll. Die Entscheidung ist zwar noch nicht endgültig, sie soll erst noch durch die am 16. Dezember zusammentretende Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands bestätigt werden. Aber nach allem, was man bisher über die Stimmung im Lande für die Nationalversammlung und gegen die Berliner Räteherrschaft gehört hat, ist die Stellungnahme dieser zentralen Ratsversammlung sicherlich noch zweifelhaft. Wir brauchen die Nationalversammlung für den Frieden; wir brauchen sie zur Abwehr separatistischer Reigungen, die in der Entrüstung gegen die Berliner Streikereien und die damit zusammenhängende Mißwirtschaft einen gefährlichen Nährstoff gefunden haben; wir brauchen sie, damit das Volk des deutschen Volkes endlich wieder der Zentralregierung die Grundlage gebe, von der aus sie eine kraftvolle und wirklich leitende Politik treiben kann, was ihr in den drei Wochen bisher ganz und gar mißlungen ist, wir brauchen sie einfach

deshalb, weil unweifelhaft die ganz große Mehrheit des deutschen Volkes sie verlangt, in dem Wunsche, mit ihr die Revolution fest zu verankern und auf dem Boden der Revolution wieder geordnete Zustände herbeizuführen. Es ist dieser unweifelhafte Mehrheitswille, dem die Regierung sich gefügt hat. Der Beschluß ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil er bei diesem wichtigsten Differenzpunkt zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen eine Einigung ergeben hat. Es hat in den letzten Tagen, insbesondere durch den gefährlichen Vorstoß der Münchener, zeitweise den Anschein gehabt, als stände die Regierung Ebert-Haase schon vor dem Verfall, als sei die in den ersten Revolutionstagen gelungene Verständigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien bereits wieder zerstört. Der jetzige Beschluß zeigt, daß in einer entscheidenden Frage die Zusammenarbeit doch aufrechterhalten werden konnte — so darf man vielleicht annehmen, daß der beiderseitige Wille zu solcher Zusammenarbeit sich auch in anderen Fragen stärker erweisen wird als die Tendenzen der Zerlegung, daß also die Revolutionsregierung doch eine stärkere Stabilität gewonnen hat, was dringend zu wünschen wäre. Übertragungen werden allerdings nie ganz ausgeschlossen bleiben, und zehn Wochen sind für eine Revolution immerhin eine beträchtliche Zeit; die Spartakusgruppe wird nicht verfehlen, sie noch zu benutzen. Gleichwohl: ein wichtiger Schritt ist getan. Nun kommt es darauf an, die Konsequenzen daraus zu ziehen, die Bevölkerung und vor allem die heimkehrenden Truppen aufzuklären, tätig zu sein und die Waffen vorzubereiten.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Berlin, 30. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) an. Das Wahlrecht wird den Grundgesetzen des Aufrufs vom 15. 11. 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. 8. 1914, ohne daß damit der Entschluß der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 38 Verhältniswahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6 bis 16 Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen, vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. 12. 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazu gehörige Wahlordnung werden morgen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Aus dem Gross-Berliner Arbeiterrat.

Berlin, 29. Nov. (Schluß des Berichts.) Laew: Wäre die Revolution durch ein klassenbewusstes Proletariat vollzogen worden, dann hätte es nicht vor den Gebläsen des Kapitals Halt gemacht. Die Menschheitsbefreiung kann nicht von Ebert und Scheidemann ausgehen. Basse: Die Mehrheitssozialdemokratie trägt mit Schuld am Völkermord (Verfall und Widerspruch). Weg mit den Leuten, die uns während der langen Kriegszeit verraten und betrogen haben! Reichstagsabg. Hermann Müller (Reichsbund): Im Reich ist die Mißstimmung gegen Berlin ungeheuer. Das politische Leben läßt sich durch Dekrete regeln, nicht aber das Wirtschaftsleben, sonst kommen wir dahin, wo Rußland durch seinen Dekretismus hingekommen ist. (Zuruf: Wo ist es denn? Rußland ist tot. Auf: Durch deutsche Macht.) Rein, durch die Vorgänge im Wirtschaftsleben. Wir müssen zu einheitlichen Richtlinien kommen, wir müssen Autorität haben, das durchzusetzen, was beschlossen wird, sonst legen wir uns selbst in die Hände. Wenn in Süd-Deutschland und im Rheinland diese Tendenzen zum Siege kommen, so wird das auf andere Provinzen weitergreifen, und in diesen Provinzen, kommt vielleicht das Wirtschaftsleben eher zum Aufbau als in Berlin. Der Vorsitzende gab weitere Anträge bekannt, die die Abhebung der Gewerkschaften durch die Staatsgewalt und die Verhandlungen der Zehnerkommission mit den Unternehmungen, Gewerkschaften und dem Volksrat fordern. Meyer: Die wichtigste Frage der wirtschaftlichen Entwicklung liegt in den Händen des auswärtigen Amtes. Die bayerische Regierung hat uns vorchristen über die Münner machen wollen, die da tätig sind. Sie hat nicht ganz Unrecht gehabt. — Aus der Versammlung wurde zur Geschäftsordnung darauf hingewiesen, daß neue

Streiks entstanden sind. Vom Vorstandschiff erklärte Bergmann, daß diese ebenso verurteilt würden, wenn sie aus demselben Grunde wie die bisherigen entstanden seien.

Unter allgemeiner Spannung führte darauf der Vorsitzende des Gewerkschaftsausschusses Adolf Cohen aus: Jeder einzelne Streik ist jetzt Torheit, am meisten für die Arbeiter selbst. Wir sind damit beschäftigt, bestimmte Arbeits- und Lohnbedingungen für die Allgemeinheit aufzustellen, kommen aber bei dem jetzigen Durcheinanderarbeiten nicht vom Fleck. Wir reiben uns jetzt gegenseitig auf. Auch der deutsche Arbeiter muß die Lage auf dem Weltmarkt berücksichtigen. Die Gewerkschaftsleitung wird sich mit dem Volksrat schon verständigen (Lachen). In den letzten Tagen sind Hunderttausende neue Mitglieder in die Gewerkschaften eingetreten. Sind die alle über Nacht zu Sozialisten geworden? (Rufe: Nein! Nein!) Nur das gesamte Interesse hat es getan. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Im Schlußwort führte Wegmann aus: Unseren Volksratsmitgliedern war es gestern im Reichstag nicht möglich, ein Wort zu sprechen. Ich behaupte, daß die Soldatenräte wohlüberlegt, eingefasste Organisationen sind, die alles andere, nur nicht das Interesse der Revolution vertreten. (Sehr gut.) Eine bedauerliche Hecke hat gegen die Spartakusgruppe eingeseilt. Wir sind uns im Volksrat darüber einig, daß die Nationalversammlung einmal einberufen werden muß; aber unter Verhältnissen, wo die politische Unruhe noch so klar aus den großen Massen hervortritt, ist es wohl vorläufig nicht angängig, die Nationalversammlung so Hals über Kopf zustande zu bringen. Vorläufig muß der Gesamtlangstreich der A- und S-Räte in Berlin zusammenbrechen. Wenn Kallist behauptet, es seien von auswärtigen Arbeiter- und Soldatenräten Millionenwerte vergesendet, so ist das eine unerhörte Verleumdung. Ich stelle fest, daß ohne das Eingreifen der A- und S-Räte die Anarchie in Deutschland schon bestände. Unsere Versammlung muß in Zukunft den Charakter einer großen gescheiterten Körperlichkeit erhalten. (Sehr richtig!) Dazu gehört ein neues Wahlsystem und Neuwahlen. Wir empfehlen Ihnen folgenden zusammenfassenden Antrag: „Die vom Vertrauen der Arbeiterräte getragene Zehnerkommission, die die Gewerkschaften und der Volksrat verhandeln mit den Vertretern und Unternehmern, um die in den Betrieben bestehenden Rechte festzulegen. Die versammelten Arbeiterräte erkennen an, daß nur eine systematische, organische Entwicklung des Wirtschaftslebens am sichersten und schnellsten zur Sicherung der Erwerbslosen der Revolution beiträgt.“ — Der Redner schließt mit den Worten: „Es fällt uns nicht ein, eine Diktatur auszuüben, wir betrachten uns als ein Provisorium, und wir werden dann Platz machen, wenn sich die Erwerbslosen der Revolution so konsolidiert haben, daß eine Vertretung des Volkes vorhanden ist, von der man annehmen kann, daß sie wirklich im Interesse der sozialistischen Republik handelt.“

Der Antrag Wegmann wurde hierauf einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag Meyer angenommen, der lautet:

Die Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins ersucht den Volksrat, unverzüglich geeignete Kräfte zur Mitarbeit im auswärtigen Amt heranzuziehen. Die Versammlung ersucht ferner den Rat der Volksbeauftragten, in die Kommission zur Untersuchung der Vorfälle wegen völkerrichterlicher Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland Männer zu berufen, die praktische Erfahrung auf dem Gebiete des Kriegsgefangenenwesens haben.“

Mit der Mahnung, in den Betrieben drängen für Ordnung zu sorgen (Rufe: Rote Garde heraus!) und einem Hoch auf die Internationale wird die Versammlung geschlossen.

Schloßen droht mit „Fas von Berlin“.

Berlin, 30. Nov. Der Breslauer Volksrat verhandelt nach der „Post. Ztg.“ über ein Ultimatum, das von der Berliner Regierung die sofortige Auslieferung der Konstantinowen und die Auslegung der Listen verlangt. Schloßen droht im Falle der Weigerung, sich politisch und wirtschaftlich von dem übrigen Preußen abzuschließen. Da in Schlesien augenblicklich das Hauptgebiet der Kohlenversorgung für Mittel- und Norddeutschland ist, würde dieser Schritt die Kohlenfrage verhängnisvoll zuspitzen.

Stimmen aus dem Reich.

Mainz, 30. Nov. (W.T.B.) Der Volksratsausschuss des Mainzer Arbeiter- und Soldatenrates wendet sich einstimmig mit Entrüstung gegen das Telegramm des Münchener

nur eine bürgerliche Partei, die entschieden demokratisch gerichtet ist, bei der heutigen Volksströmung Aussicht habe, so viele Stimmen auf sich zu vereinigen, daß sie von ausschlaggebender Bedeutung im Parlament wird.

Lokaler und vermischter Teil.

Simburg, den 2. Dezember 1918.

F. Eine Versammlung von Angehörigen des Metallarbeiterberufs, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte, fand gestern nachmittag im Lokale Denninger, Holzmeisterstraße dahier statt, zwecks Gründung eines Ortsvereins des Metallarbeiterberufs. Die einstimmige Konstituierung des Ortsvereins soll in einer demnächst einzuberufenden öffentlichen Versammlung stattfinden, in der auch weitere Aufnahme-Erklärungen entgegen genommen werden. Mehr als 40 Angehörige des Berufs erklärten schon gestern schriftlich ihren Beitritt zu dem neu gegründeten Ortsverein, der sicherlich bald eine zahlreiche Mitgliederzahl finden wird.

Politisches Leben in Simburg. Aus Berlin kommt die Kunde, daß trotz der Widerstände von Seiten Berliner Radikalen die Regierung das Wahlgesetz für die verfassunggebende Nationalversammlung angenommen hat. Das ist den Freunden geordneter staatsrechtlicher Verhältnisse und einer gedeihlichen Fortentwicklung unseres jungen Volksstaates — man kann sagen: der überwiegenden Mehrheit des Heimatvolkes wie vor allem der Frontkrieger — eine schwere Sorge genommen. Es erwacht damit die Hoffnung, daß der augenblickliche, besonders von den Gefahren des Bolschewismus schwer bedrohte, durch keine verfassungsmäßigen Grundlagen festgelegte Zustand einem durch die Verfassung geschützten Platz machen wird und damit die demokratischen Errungenschaften der Revolution ihre verfassungsmäßige Sanction erhalten. — Daß der Wille hierzu auch in unserer Stadt vorhanden ist, bewies eine auch von Frauen und Kriegsteilnehmern zahlreich besuchte Mitglieder- und Parteiverammlung der Fortschrittlichen Volkspartei, die am vergangenen Samstag in der Gastwirtschaft von B. Stahlhammer dahier stattfand. Der Vorsitzende des Wahlvereins der genannten Partei, Herr Justizrat Hill, schlug nach einem längeren Referat über die augenblickliche politische Lage den Vorschlag vor, die korporativen Anstöße an die deutsche demokratische Partei vor. Die große Umwälzung zu Anfang November habe einerseits manche alte Forderung des Fortschritts erfüllt, andererseits neue Forderungen notwendig gemacht, für die alten lange gehaltenen Parteiprogramme umgeworfen. Dafür habe sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die wirklichen Fortschritte der großen Umwälzung auch vom Bürgertum mit aller Entschiedenheit vertreten werden müßten. Ihren ersten Ausdruck hat diese politische Richtung in der Gründung der Deutschen demokratischen Partei gefunden, die vorgenommen wurde von Männern der Fortschrittlichen Volkspartei (Jahde, Teubner), des linken Flügels der Nationalliberalen (Jund, Eist), und Reichthofen sowie von Leuten, die bisher dem Parteileben fern gestanden haben, sich aber zu einer freisinnigen und demokratischen Entwicklung der neuen Staatsform bekennen (Friedrich Meinede, Alfred Weber u. a.). Die Versammlung nahm den Vorschlag des Vorstandes einstimmig an. Nach einer lebhaften Aussprache trat eine größere Anzahl neuer Mitglieder dem hiesigen Wahlverein bei. Zur Vorbereitung des kommenden Wahlkampfes wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, in dem vor allem auch die Kriegsteilnehmer, die Frauen und die wahlberechtigten Jugend gebührend vertreten ist. Die hiesige Geschäftsstelle der deutschen demokratischen Partei befindet sich Obere Grabenstraße 12, Fernruf 37.

Gewerbliches. Es sind Vorkehrungen getroffen, um dem heimkehrenden Krieger auf schnellstem Wege Arbeitsplätze zu verschaffen. Es können Bezugscheine ausgestellt werden über 5 kg. Knochenleim für Tischler, Stelmacher, Wagenbauer, Sattler, und über 75 kg. Malerleim sowie 4,5 kg. Quellschmelze ohne Füllstoff für Maler, Anstreicher, Weißbinder und Tapezierer. Die heimkehrenden Handwerker wollen sich an ihre Ortsstellen wenden. Die Ortsstellen veranlassen sie zur ordnungsmäßigen Ausstellung eines Anwerbscheines. Da es sich aber nur um eine vorläufige Zuteilung handelt, so dürfen größere Mengen, wie oben angegeben, zurzeit nicht beantragt werden. Die zuständige Ortsstelle für den Kreis Simburg ist die im alten Schloß dahier amtierende Geschäftsstelle des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe.

np. Der Organisten- und Kantorenverein im Regierungsbezirk Wiesbaden hatte sich mit einer Eingabe wegen Regelung der Organistenbesoldung und der Anstellung der Organisten an die diesjährige Bezirksynode gewandt. Die Eingabe war mit dadurch veranlaßt, daß die organische Verbindung zwischen Lehr- und Organistenamt unter Befürwortung des Organistenvereins gelöst und damit die Pensionsfähigkeit des kirchlichen Einkommens verloren gegangen war. Die Synode beschloß, den Antrag der Kirchenbehörde zur weiteren Behandlung der Angelegenheit zu überweisen und den Gemeinden zu empfehlen, wo die Mittel dafür vorhanden sind, den Organisten Kriegsteuerzulagen zu gewähren, zugleich die Behörde zu bitten, die Anstellungsverhältnisse der Organisten, Kantoren und Chorleiter einheitlich zu regeln.

Für den Reiseverkehr nach den Niederlanden treten, veranlaßt durch den dort herrschenden Lebensmittelmangel, mit dem 15. November neue Bestimmungen in Kraft und muß seitens der niederländischen diplomatischen und Konsularvertreter nunmehr in jedem Einzelfalle vorher die Erlaubnis zur Einreise direkt beim zuständigen Amt in Haag eingeholt werden. Da hierzu einige Zeit erforderlich ist, müssen die Reisenden möglichst frühzeitig die Visierung beantragen. Folgende Fragen sind hierbei zu beantworten: 1. Name und Vorname (bei Frauen Name des Ehemannes); 2. Beruf; 3. Geburtsort; 4. Geburtsdatum; 5. Wohnort; 6. jetzige, event. frühere Staatsangehörigkeit; 7. Angabe von Referenzen in den Niederlanden; 8. Angabe der Behörde, die den Paß ausgestellt hat und Nummer desselben; 9. Welche Plätze werden in Niederlande besucht; 10. Reisezweck; 11. Vorlage diesbezüglicher Unterlagen; 12. Wie lange der Aufenthalt dauern soll; 13. Angabe der Grenzstation, welche zu passieren ist; 14. Angabe des Datums der Einreise; 15. Angabe der Einkunftsquelle; 16. Alles dies unter Beifügung von zwei unafgezeichneten Photographien, übereinstimmend mit auf den Paß eingestempeltem Bild.

FC. Witten, 29. Nov. (Nichtigkeitsklage.) Die von dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat gebrachte Klage über die Hantierung des Dr. Spengler entspricht, wie derselbe mitteilt, nicht den Tatsachen. Er erklärt: Die beschlagnahmten Lebensmittel sind Eigentum der aus 22 Teilnehmern bestehenden Speisegemeinschaft der Kriegsanwärterstelle Antwerpen des Generalstabs des Heeres, die Spengler laut schriftlichem Ausweis nach Frankfurt zu überbringen hatte, von wo aus sie nach dem neuen Sitz der Nachrichtenstelle weitergeleitet werden sollten. Die Vorräte sind seit längerer Zeit im belgisch-holländischen Grenzgebiet rechtmäßig käuflich erworben. Der Transport ist von Nachen bis Witten von allen Soldaten- und Arbeiterräten ungehindert durchgelassen worden. Die bei Sanitätsrat Dr. Klein abgeladenen Koffer sind vom hiesigen Soldatenrat revidiert worden und enthalten lediglich Privatsachen.

F. Wiesbaden 30. Nov. Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Dr. phil. David ist schwer erkrankt und befindet sich in Behandlung in der hiesigen Heilanstalt für Nerven- und Darmkrankheiten des Dr. med. Wern.

F. aus Nassau, 30. Nov. Die neue Zeit Das Amtsblatt der Kantonsrats-Kammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden erhält vom 30. November ab eine Beilage: Der Nassauische Bauernrat. Amtliches Nachrichtenblatt des Nassauischen Bauernrats, Kreisbauernräte und des Nassauischen Landesbauernrats, da die grundlegenden Umwälzungen der letzten Wochen eine fortlaufende Aufklärung der Landbevölkerung über die Angelegenheiten erforderlich machten.

FC. Mainz, 29. Nov. Das Gouvernementsgericht wird auf die Dauer der feindlichen Besetzung von hier nach Bad Nauheim verlegt.

F. Worms, 30. Nov. Auch ein Zeichen der Zeit: Infolge der jüngsten Vorgänge im Deutschen Reich hat, wie aus Worms in der Nähe des Rheins gemeldet wird, der dortige Militär-Mercin sich aufgelöst. Die prächtige Fahne wurde dem katholischen Seelsorger übergeben, das Inventar verkauft, die Kasse unter die Mitglieder verteilt.

Rhein, 28. Nov. Von zünftiger Seite wird der „Rhein. Zeitung“ über die bevorstehende Besetzung der Rheinlande geschrieben: Ueber die Presse im besetzten Gebiet wurden in der letzten Zeit auch nicht nötig, da der Schutz der Zeitungen, als im Privatbesitz befindlich, durch Artikel 6 gewährleistet ist, der besagt, daß dem Eigentum der Einwohner der besetzten Rheinlande kein Schaden noch Nachteil zugefügt werden darf. Der Personen- und Güterverkehr wird innerhalb der linksrheinischen Gebiete wahrscheinlich vollständig unbeeinträchtigt sein. Der Bahnverkehr mit den unbesetzten Gebieten wird jedoch nicht allzustrengen Bahnbedingungen unterliegen. Der Post- und Telegraphenverkehr innerhalb der besetzten Gebiete und den unbesetzten Gebieten wird voraussichtlich gewissen Zensurbestimmungen unterliegen. Außerdem wird, wie im Falle Elberfeld, bis zur Einrichtung der Zensur Bahn-, Post- und Telegrammpost zwischen Rhein und dem unbesetzten Deutschland eintreten.

FC. St. Gallen, 29. Nov. Die Leitung der hiesigen Eisenwerke gab bekannt, daß allen jetzt aus den Diensten des Werks scheidenden Arbeitern und Arbeiterinnen das für Weihnachten vorgesehene Geschenk sofort auszuzahlen sein werde.

Gottesdienstbesuchung in Simburg.

Katholische Gemeinde.

Dienstag 7½ Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für die Verstorbenen der Familie Held. Um 8½ Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Heinrich Dillmann, dessen Ehefrau und Angehörige.

Mittwoch 7½ Uhr im Dom feierl. Jahramt für Joh. Rieth. Um 8½ Uhr im Dom Jahramt für Frau Katharina Hingott.

Donnerstag 7½ Uhr im Dom feierl. Jahramt für Heinrich Koppel. Um 8½ Uhr in der Stadtkirche Jahramt für die verstorbenen Mitglieder und Wohltäter des St. Josephvereins.

Freitag 6½ Uhr im Dom Herz-Jesu-Messe mit Sakr. Segen. Um 7½ Uhr im Dom feierl. Amt zu Ehren des hl. Nikolaus. Um 8½ Uhr in der Stadtkirche Herz-Jesu-Messe mit Sakr. Segen. Nachm. 2 Uhr im Dom Andacht zu Ehren des hl. Nikolaus.

Samstag 7½ Uhr in der Stadtkirche feierl. Amt zu Ehren der unbefleckten Empfängnis. Um 8½ Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Johann W. Diehl und Angehörige. Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Beicht.

Am nächsten Sonntag wird das Fest der unbefleckten Empfängnis Mariens gefeiert.

Willkommen dahier!

Zurück aus dem Kriege, — zurück über'n Rhein
Zieh'n Deutschlands Kämpfer nach Haus,
Herzliches „Willkommen“ wir allen weihn
Gott Dank, der Krieg, er ist aus!
Ihr kämpftet mit Mut und Tapferkeit
In einer so langen und schrecklichen Zeit
Gegen gewaltige Hebermacht,
Als des Vaterlands treueste Wacht!

Und wenn auch zulezt das bittere „Muß“
Den Krieg beendet hat,
So hat doch das blutige Ringen jetzt Schluß.
Der Völkerruhe uns naht!
Sind auch die Opfer hierfür gar hart —
Wir denken, es wurde uns doch erspart
Im Vaterland Schrecken und Graus;
Willkommen Ihr Brüder zu Haus!

Sie kehren zurück, die für uns gekämpft,
Bewundert, geliebt und begrüßt! —
Er kehret nicht wieder — Klingt's trauernd,
Sein Leben er hat eingebüßt. — Gedämpft,
Ein bitteres Weh durchzieht manches Herz —
Wer fühlte nicht mit, den brennenden Schmerz,
Wer wußte nicht dem toten Helden
Den Lohn in besseren Welten.

Adolph von der Heydt.

Amthlicher Teil.

(Nr. 279 vom 2. Dezember 1918).

Bekanntmachung.

Die Inhaber der bis zum 11. November 1918 ausgetheilten Vergütungsanerkennnisse über gemäß Ziffer 1-2 des Kriegsausgleichsgesetzes vom 13. Juni 1913 in den Monaten Februar-August 1918 gewährte Kriegsausgleichleistungen im Regierungsbezirk Wiesbaden werden hiermit aufgefordert, die Vergütungen bei der Regierungshauptkasse, bezw. den zuständigen Kreisstellen gegen Rückgabe der Anerkennnisse in Empfang zu nehmen.

Es kommen die Vergütungen für Grundstücke, Gebäude und Vorspann in Betracht. Den in Frage kommenden Gemeinden wird von hier aus noch besonders mitgeteilt, welche Vergütungsanerkennnisse in Frage kommen und wieviel die Zinsen betragen.

Auf den Anerkennnissen ist aber Betrag und Zinsen zu quittieren. Die Quittungen müssen auf die Reichshauptkasse lauten.

Der Zinslauf hört mit Ende dieses Monats auf. Die Zahlung erfolgt gültig an die Inhaber der Anerkennnisse gegen deren Rückgabe. Zu einer Prüfung der Legitimation der Inhaber ist die zahlende Kasse berechtigt aber nicht verpflichtet.

Der Regierungspräsident.

Pr. 1. 3. 5. 1076.

Wird veröffentlicht.
Simburg, den 23. November 1918.

Der Landrat.

Der Schornsteinfegermeister Josef Intra habe ich vom heutigen Tage ab als Bezirkschornsteinfeger im Kreisbezirk Hadamar angestellt.

Der bisherige Inhaber des Kreisbezirks Hadamar, Schornsteinfegermeister Franz Wilhelm Schmitz ist vom gleichen Zeitpunkt ab nach Höchst a. M. versetzt worden.

Die Herren Bürgermeister der in Frage kommenden Gemeinden des Kreises ersuche ich, dies ortsüblich bekannt zu machen.

Simburg, den 23. November 1918.

Der Landrat.

Telegramm-Abkürzung.

Die von der Betriebsstoff-Abteilung der Inspektion der Kraftfahrtruppen bewirtschafteten Betriebsstoffe (Benzol, Benzin und deren Mischungen mit Spiritus, Petroleum usw.) sind für die geordnete Lebensmittellieferung und Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeit in den industriellen und gewerblichen Betrieben von ausschlaggebender Bedeutung. Versandtransporte dieser Stoffe dürfen unter keinen Umständen gehalten oder abgeleitet werden, sondern sind mit allen möglichen Mitteln schnellstens ihrem ursprünglichen Bestimmungsort zuzuführen. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich des Weiteren jeden Eingriffes in die militärischen Betriebsstofflager und die Hauptverkaufsstellen der Inspektion der Kraftfahrtruppen zu enthalten. Alle bisher hierüber ergangenen Verfügungen der Arbeiter- und Soldatenräte werden hiermit außer Kraft gesetzt. Bedarfsanforderungen sind zu richten an die Betriebsstoffabteilung der Inspektion der Kraftfahrtruppen Berlin 28. 35, Potsdamerstraße 111, welche allein berechtigt ist, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Bestände die erforderlichen Entnahmegernehmigungen wie bisher in Form von Anweisungen oder Freigabescheinen zu erteilen. Den Arbeiter- und Soldatenräten steht ein Recht auf Bewilligung der Neueinstellung von Kraftfahrzeugen nicht zu. Dieses liegt nach wie vor — ausschließlich — in Händen des R. M. (Verkehrs-Abteilung) diese Bestimmungen sind rückwirkend von den Arbeiter- und Soldatenräten durchzuführen, um die geordnete Demobilisierung des deutschen Volkes nicht zu gefährden. Erforderlichen Falles müssen die in Frage stehenden Lager und Hauptverkaufsstellen durch Sicherheitswachen gedeckt werden. Diese Verfügung ist allen Arbeiter- und Soldatenräten des dortigen Bereiches bekannt zu geben.

Nr. 1213/11 a 7 V der Beauftragte des Volksrates
Kreisleiter R. M. Verkehrs-Abteilung Thunmer.

Vorstehende Verfügung ist nicht erlassen, um zu verordnen und vorzuschreiben. Sie ist entstanden aus der Not der Stunde. Wer sie nicht versteht und ihre Notwendigkeit nicht begreift, ist ein Tor, der nicht an einflussreicher Stelle stehen darf; wer ihre Notwendigkeit versteht und gegen sie handelt, ist ein Verbrecher am Volk.

Alle militärischen und zivilen Behörden ebenso wie alle Soldatenräte haben genau nach dieser Verfügung zu handeln und sich mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht für ihre Durchführung einzusetzen.

Im Korpsbezirk sind Kraftwagen und Betriebsstoffe, die dringend benötigt werden, nur beim Hauptmann der Kraftfahrtruppen beim Generalkommando anzufordern und nach dessen Weisungen, die in größtmöglicher von jedem Vortratentum freier Weise getroffen werden, zu empfangen und zu benutzen.

Behörden und Soldatenräte, die gegen die vorstehende Verfügung handeln, gefährden das Wohl des Volkes. Wir sind es dem Volke und der Revolution schuldig, rücksichtslos gegen sie vorzugehen. Sie werden sofort von ihrem Posten entfernt und Johann zu strenger Verantwortung gezogen werden.

Frankfurt a. M., den 21. November 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats.

Das stellvert. Generalkommando 18. A. A.

n. St. 211, Generalmajor.

Abt.: Abt. Nr. 4385.

(Gefügt das amtliche Siegel.)

Quartier-Billets

zu haben in der:

Kreisblatt-Druckerei.

Danksagung.

Für die bewiesene herzliche Teilnahme bei dem
Hochzeitstag unserer Frau in Gott ruhenden lieben
Mutter

Frau Wilhelmine Weissgerber

geb. Ruhl

Sagen wir allen, besonders Herrn Gillysbrüder
Geden für die treuesten Worte am Grabe sowie
für die schönen Kranzgebilde unsern tiefgefühlten
Dank.

Die tieftrauernden Kinder.

Limb. den 2. Dezember 1918. 4/279

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Zwangsinnung Mr Spengler u. Installateur.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918,
nachmittags 3 Uhr

findet im Rathaus zu Limburg, Zimmer Nr. 18, die
öffentliche Versteigerung der Zwangsinnung für das Spengler-
und Installateur-Gewerbe im Bezirk des Kreises Limburg
statt, zu welcher alle Spengler und Installateure
des Kreises Limburg, welche das Handwerk
selbständig betreiben, eingeladen werden.

Limburg, den 30. November 1918. 3/279
Der Magistrat.

Weißkraut-Verkauf.

Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags von 3 bis
4 Uhr findet in der Hofmarktschule Verkauf von Weiß-
kraut statt, das Pfund kostet 11 Hg.

Limburg, den 2. Dezember 1918. 3/279
Eidgenössische Lebensmittel-Verkaufsstelle.

Heimatschutz Limburg

5. Kompanie.

Verammlung

am Dienstag, den 3. Dezember 1918, abends 8 1/2 Uhr
bei Frau.

Der Kompaniechef.

Freiw. Feuerwehr Limburg.

Dienstag den 3. Dezember 1918, abends 8 Uhr
Übung

auch des Mannschaften, welche sich im Jahre 1917 freiwillig
zur Unterstützung der Freiw. Feuerwehr gemeldet haben.

6/278 Das Kommando.

Bekanntmachung.

Am Freitag den 6. Dezember,
vormittags 9 Uhr

werden auf dem Marktplatz hier
etwa 15 Dienstpferde und
2 Zugochsen

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert. 6/279

Garnisonkommando Limburg.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Funden- und Schiffahrts-Nachrichten
und Kupferstichdruck-Beilage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:
monatlich M. 2.20, vierteljährlich M. 6.00
Probennummer kosten- und portofrei

Weit über 150000 Abonnenten

Weihnachtsbitte

der Erziehungs- und Pflegeanstalt
Schwestern bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes,
in dem Gott der Menschheit die allergrößte Freude
bereitet hat, kommt wieder heran, und da wagen
wir es, trotz des Drucks der Zeit um Gaben
der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem
Jahre jedem eine kleine Freude bereiten können.
Wer möchte den an die Schattenseite des Lebens
Verwiesenen und doch so gern Fröhlichen die
Christifreude nehmen? Freilich wird's sehr sparsam
und praktisch sein das Christkind 1918, aber
unsern Kindern läßt sich auch mit Wenigem viel
Freude bereiten.

Darum bitten wir unsere Freunde in Stadt
und Land herzlich um ihre Hilfe, um Gaben in
Geld, Spielsachen, Gewaren, Bekleidungsstücke
u. s. w. Wir haben für alles, was die Liebe uns
schenkt, Verwendung und sind für jede, auch die
kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht be-
sondere Danksagung.

Allen unseren Wohltätern wünschen wir in
dieser ersten Kriegszeit ein gesegnetes Christfest!

Martin, Pfarrer

Vorsitzender des Vorstandes.

Codt,

Direktor.

Die Postfachkonto-Nummer der Anstalt ist Frankfurt
a. M. 4000.

Kriegsinvalide

findet Stellung als Auf-
sichtsmann für kleinen Vieh-
stand z. als Pferdewascher
für 7 Pferde (mit 30 Schaf.)

Limburg, den 2. Dezember 1918. 3/277

Entscheidung
Hof-Gesamte
Station Niederfelders,
Post Eisenbach (Tannus).

Arbeitsbücher

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.

Großer
politischer
Nachrichten-
dienst
Vossische
Zeitung
Berlin

Monatlich 5 Mark bei allen
Postämtern und beim Verlag
Hilgen & Co., Berlin O 28 88

Lichtige, gut eingeführte Provisionsvertreter

zum Verkauf von Kolonial-
waren, Getreide, Rindfleisch etc.
gekauft von

5/279

Karl Wagner & Co.

Gründungs-
Geschäftsbüro

Station Niederfelders,
Post Eisenbach (Tannus).

Rossbläuterei

haben 2 vollstehende Pferde
kaufen an

5/277

Entscheidung
Hof-Gesamte
Station Niederfelders,
Post Eisenbach (Tannus).

Handwerker Gewerkschaften

erhalten Ausweis, Rat und Hilfe
in allen Angelegenheiten:

Wohnungsfragen
Krankheitsversicherung
Pflegerische Dienstleistungen
Sparsachen
Rechtsfragen
Technische Rat
Fortbildung
Buchführung

durch die Geschäftsstelle
des Kreisverbandes
für Handwerk und
Gewerbe

Limburg a. d. Lahn
im Schloss, Fernruf 302

Die Geschäftswelt

muss im eigenen Interesse über
alle behördlichen Verfügungen
auf dem Laufenden bleiben. Das

Limburger Anzeiger

der als amtliches Kreisblatt des
Sprachrohr der Behörden ist, bil-
det deshalb nach wie vor für
jeden Geschäftsmann ein unent-
behrliches Informations- u. Nach-
schlageblatt. Bestellungen werden
jederzeit in der Geschäftsstelle,
Brückengasse 11, sowie von allen
Trägerstellen entgegengenommen.

Aufforderung

an das reisende und verkehrstreibende Publikum
zur Unterstützung der Eisenbahnverwaltung bei Erfüllung
ihrer Aufgaben.

Die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen in der Heimat ist
zur Zeit beschränkt durch große Leistungen für die Ver-
waltung, Abgabe zahlreicher Personal- und Material-
an die Front und das besetzte Gebiet sowie starke Verminderung der
Betriebsmittel.

Selbstverständlich gilt es, steigende Anforderungen und beson-
dernde neue Aufgaben zu erfüllen, z. B. für die Nahrungs-
industrie, die Militärverwaltung, die Verteilung der Rohstoffe
und Nahrungsmittel.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind von der Eisen-
bahnverwaltung in weitestem Umfang Maßnahmen getroffen,
die aber nicht ausreichen, falls nicht auch das reisende und
verkehrstreibende Publikum die Eisenbahnverwaltung unterstützt.

Zuverlässige Mithilfe und Unterstützung durch alle Reisenden
und Verkehrstreibenden sind daher zur Erfüllung der großen
Aufgaben der Eisenbahnverwaltung dringend erforderlich.

Auf Beachtung folgender Punkte kommt es vornehmlich an

I. Einschränkung im Personen-, Gepäck- und Gepäck-Güterverkehr.

Nicht dringliche Reisen müssen unterbleiben. Gepäck und
Gepäckstücke sind auf das notwendigste Maß einzuschränken.

Auf jeden einzelnen und auf jedes einzelne Stück kommt
es an. Überfüllungen der Personen- und Packwagen führen
zu Inkomfort, Verzögerungen, Störungen der Verkehrs-
bedeutung und die Volksernährung in Mitleidenschaft gezogen
und die Betriebsleistungen ungünstig beeinflusst.

II. Ausnutzung der vermindernden Wagenbestände.

1. Ausnutzung der Güterwagen bis zur angeführten
Benutzbarkeit. Zusammenfassung der Bestellungen und Zu-
sammenladung der Güter für mehrere Empfänger an Orten,
die in derselben Richtung liegen.

2. Schnelle Abfuhr der Güter, auch an Sonn- und
Feiertagen.

3. Gemeinsamer Bezug von Lebensmitteln, Rohstoffen u. s. w.
durch Zusammenfassung und Bildung von Bezugsgemein-
schaften, damit nach Möglichkeit die Abfuhr mit geschlossenen
Zügen erfolgen kann.

III. Vereinfachung des Verkehrs.

1. Unterlassung unnötiger und unwirtschaftlicher Transport-
der Bezug von ferngelegenen Orten muss vermieden werden,
sofern ein nähergelegenes Versorgungsgebiet vorhanden ist.
Dabei sind finanzielle Nachteile in Kauf zu nehmen und keine
Nachfragen auf allgewöhnliche und bequeme Bezugsmöglichkeiten
zu nehmen.

2. Vermeidung von Sendungen auf kurze Anlieferungen,
soweit sie durch Fuhrwerk oder Kraftwagen befördert werden
können.

3. Benützung des Wasserweges namentlich für Massengüter
auf möglichst weite Entfernungen.

IV. Anpassung des Verkehrs an die örtlichen Verhältnisse der Bahnhöfe.

1. Beim Bau neuer Gebäude oder bei erheblichen Er-
weiterungen zuerst Ladestellen und Gleisanlagen anschauen,
um bereits während des Baues von Baustoffen Störungen
zu vermeiden.

2. Rechtzeitige Benachrichtigung der Eisenbahnverwaltung,
sobald ein starker Verkehrszuwachs zu erwarten ist, damit
Überfüllung der Güterabfertigung vermieden wird. Vereinfachung
gleichmäßiger Zufuhr mit den Eisenbahnen, erforderlichenfalls
rechtzeitiger Abstellung bestellter Wagen bei überfülltem
Zugang.

Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen
hängt in weitestem Maße von wirtschaftlicher Beziehung mit in
erster Linie zu einem erfolgreichen Ausgang des Krieges bei.
Die Eisenbahnen müssen daher in dieser Zeit zu ersten Platz
dienen, die Bedürfnisse des Herdes, der Volksernährung
und der Kriegswirtschaft zu befriedigen.

Der Ernst der Stunde verlangt, daß jeder
zu seinem Teile zur Entlastung der Eisen-
bahnen beiträgt.

Für unsere Leser auf dem Lande!

In der Zeit von 8 bis 9 Uhr mor-
gens telefonisch an uns übermittelte
Todesanzeigen, erscheinen noch in
der Ausgabe des „Limburger Anzeiger“
vom gleichen Tage. Zur genauen
Übermittlung bediene man sich mög-
lichst einer mit klarer Stimme sprechen-
den Person. Dasselbe gilt auch für die
Bestellung von Trauerbriefen. :: ::

Die Geschäftsstelle des Limb. Anzeiger.